



Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 17.07.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) -Entwurfs- und Baubeschluss Gestaltung westliche Platzfläche Schillerplatz (Vorberatung)	Vorl.Nr. 203/25
-------	---	-----------------

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Entwurfs- und Baubeschluss westliche Teilfläche Schillerplatz

Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Sanierung und Umgestaltung der Teilfläche des Schillerplatzes wird vorbehaltlich der Finanzierung durch die Kreissparkasse Ludwigsburg gefasst. Grundlage ist die beiliegende Entwurfsplanung vom 17.06.2025 (Anlage 1, **mit bis zu 4 Stellplätzen an der Schulgasse**), des Büros MANN Landschaftsarchitektur, Marktstraße 14, 36037 Fulda.

Die Gesamtprojektkosten für die Umgestaltung der westlichen Teilfläche belaufen sich gemäß Kostenberechnung zum Entwurf vom 17.06.2025 auf 2.458.988,26 Euro (inkl. Mehrwertsteuer, 26 % Baunebenkosten, 10 % Sicherheit). Die Gesamtprojektkosten werden von der Kreissparkasse Ludwigsburg als künftige Erbbauberechtigte getragen. Dazu erhält sie eine maximale Förderung i.H.v. 700.000 € aus dem Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung – lebenswerte Quartiere gestalten". Der städtische Anteil der Förderung beträgt hierbei 280.000 €.

Die Stadt wird ermächtigt, hierzu einen Ordnungsmaßnahmenvertrag mit der Kreissparkasse abzuschließen.

Die Stadt wird weiterhin ermächtigt, die westliche Teilfläche des Schillerplatzes im Rahmen eines Erbbaurechts auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auf 20 Jahre zu übertragen. Zur Durchführung der Baumaßnahmen bedarf es weiterer vertraglicher Regelungen mit der Kreissparkasse Ludwigsburg.

2. Vergabe der Planungsleistungen für die Freiraumplanung

Die bisher entstandenen Planungskosten für die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) durch das Büro MANN werden anteilig durch die Stadt Ludwigsburg mit 50 % und durch die Kreissparkasse Ludwigsburg mit 50 % getragen. Die Anteile betragen jeweils 30.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der abweichende Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung im Sitzungsaal des Rathauses. Sie eröffnet die Sitzung, ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und leitet in das Thema ein.

Der **Inhaber** der Landschaftsarchitekturbüros MANN erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, das Vorhaben. Historisch betrachtet handle es sich um eine wichtige Achse vom Bahnhof in Richtung Arsenalplatz. Der Entwurf von 2020 (Seite 7) sei zu einem grünen und entsiegelten Platz hin überarbeitet worden, um im guten Dialog mit dem neugestalteten Arsenalplatz zu stehen. Durch ein dichtes Wegenetz werden die Eingänge der Kreissparkasse (KSK) betont, die Menschen über den Schillerplatz geleitet und zur Stadt geführt. Zur Schulstraße hin gebe es eine Stufenanlage. Die Eingangssituation werde großzügiger mit zwei barrierefreien Zugängen gestaltet. Die beiden Rasenflächen werden automatisch bewässert.

BMin **Schwarz** ergänzt, dass die KSK die Stellplätze in der Schulgasse für die schnellen Besucher erhalten möchte. Die Verwaltung habe einen Lösungsvorschlag für die Schulgasse, der erst noch mit der Schule und den betroffenen Eltern abgestimmt werde.

Ein **Mitarbeiter** der KSK bestätigt die konstruktiven Gespräche über die Gestaltung und Entwicklung des Schillerplatzes.

BMin **Schwarz** erläutert, dass die Fahrspur, auf der sich derzeit die Baustelleneinrichtung befinde, künftig den Fußgängern zur Verfügung gestellt werde, um mehr Platz zu haben.

Stadträtin Dr. **Knoß** bedankt sich bei der KSK und deren Kunden, durch deren Finanzierung eine Realisierung ermöglicht werde. Sie gehe davon aus, dass dem Gremium später noch die Details, wie Straßen- und Gehwegbreiten vorgestellt werden. Sie fragt, ob bezüglich der Gehwegbreiten noch eine Betrachtung und Flexibilität möglich wäre. Sie wünsche sich bis zur Gemeinderatssitzung mehr Information zur Schulgasse und dass eine Einvernehmlichkeit über die Planung mit den Eltern und der Schulleitung hergestellt werden konnte. Uneinsichtige Eltern nehmen leider das Angebot nicht an, kostenlos in der Tiefgarage zu parken, um andere Kinder nicht zu gefährden. Dr. Knoß bittet um eine Stellungnahme der LVL, welche Straßenbreite für das ungehinderte Durchfahren der Busse benötigt werde. Sie stellt in Frage, ob grundsätzlich drei Fahrspuren erforderlich seien. Dr. Knoß stellt fest, dass die Pflege des Vorplatzes von der KSK übernommen werde und darauf geachtet werden sollte, dass die Nebeldüsen nicht die sitzenden Menschen besprühen.

Für Stadtrat **Braumann** sei es wichtig mit dem gelungenen Entwurf schnell weiterzukommen und in die Werkplanung überzugehen. Es sei gut, dass weite Flächen entsiegelt werden. Spätestens zum Jubiläum müsse der Platz fertig sein. In der Beschlussvorlage Ziffer 1 Anlage 1 müsse eine Ergänzung bezüglich der Stellplätze in der Schulgasse gefunden werden. Die Stellplätze seien wichtig für die Kunden. Eine Prüfung diesbezüglich sei nicht erforderlich. Die KSK habe in diesem Bereich selbst einen hohen Anlieferverkehr. Es habe Anlieger und Lehrerparkplätze, die dort angefahren werden. Es müsse geregelt werden, wer künftig in die Schulgasse einfahren dürfe. Stadtrat Braumann bedankt sich bei der KSK und dem hohen Maß an Engagement, welches nicht selbstverständlich sei.

Stadtrat **Remmele** möchte wissen, ob die Sichtachse vom Bahnhof zum Arsenalplatz geradlinig erhalten bleibe und wie breit der Bereich für den Fußgängerverkehr am Haupteingang an der Ecke sein werde. Er fragt, ob man sich Gedanken gemacht habe, wie während des Umbaus des Bahnhofes die Busse verkehren sollen. Es wäre schön gewesen, wenn die Baum-Allee vom Bahnhof runter hätte fortgesetzt werden können.

Die Planung gefalle Stadträtin **Liepins** sehr gut. Es sei ein Glücksfall, dass die KSK sich hier engagiere und die Verwaltung dürfe sich diese Chance nicht entgehen lassen. Die Straßen- und Spurbreiten müssen im Mobilitätsausschuss geklärt werden. Die Schulgasse sei von der Platzgestaltung unabhängig.

Der Schillerplatz sei nicht mehr zeitgemäß, ergänzt Stadtrat **Gröbner** und halte den Entwurf für sehr gelungen. Die Verwaltung habe eine gute Lösung gefunden, das Projekt mittels Erbbaurechts zu realisieren.

Stadträtin **Knecht** begrüßt die Aufwertung des Schillerviertels. Sie wünsche sich, dass die östliche Seite mit der Schillerfigur noch etwas angepasst werde. Die verkehrsberuhigte Einbindung der Schulgasse inklusive der Stellplätze sei sehr

wichtig. Es werde sicherlich darauf geachtet, dass es keine Engpässe für den Busverkehr wie in der Myliusstraße geben werde.

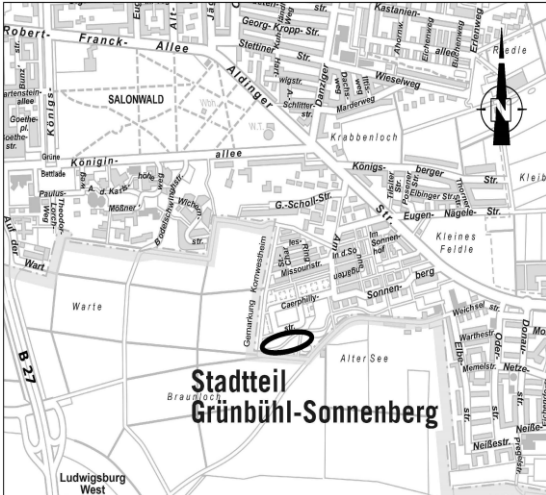
BMin **Schwarz** erläutert, dass im nächsten Schritt die Werkplanung folge, welche dem Gremium im Mobilitätsausschuss im September vorgestellt werde. Der Vorschlag bezüglich der Stellplätze werde im Beschluss aufgenommen. Mit dem Vorplatz können nicht alle verkehrlichen Probleme der Innenstadt gelöst werden. Es gebe Straßenraum, der im Zuge des Umbaus des Bahnhofs verteilt werden könne. Diskussionen bezüglich der Fußgängerquerungen und der Anzahl der benötigten Spuren werden geführt. Die Straßenverkehrsbehörde sehe für die Busse keine Schwierigkeiten. Mögliche Verbesserungen bezüglich der leichten Verschwenkung an der Kreuzung Myliusstraße / Schillerstraße werden geprüft.

Der **Inhaber** der Landschaftsarchitekturbüros MANN ergänzt, dass aufgrund des Leitungsbestandes eine Allee nur sehr schwer gepflanzt werden könne. Es soll kein Durchgangsraum entstehen, sondern ein Raum geschaffen werden. Transparente lockere Bäume sollen den Blick auf die Fassaden zulassen. Die Gehwegbreiten seien in der Ausführungsplanung noch flexibel und werden im Vergleich zum jetzigen Bestand verbessert werden. Der Plattenbelag auf dem Platz und in der Schulstraße werde der gleiche sein wie auf dem Arsenalplatz an den Stellplätzen.

Der **Mitarbeiter** der KSK bekräftigt, dass es bei der Wegeführung wichtig sei, dass Fußgänger bequem aneinander vorbeikommen. Vereinzelt soll auch eine gewisse Bespielung (z.B. am Weltspartag) möglich werden.

Nach erfolgter Aussprache ergänzt BMin **Schwarz** den ursprünglichen Beschlussvorschlag (vgl. wie oben kursiv eingefügt) und lässt über diesen abstimmen. Nach dem Termin mit der Schule und den Eltern werde dem Gremium Rückmeldung gegeben werden. Die Situation soll für die Kinder verbessert werden. Die neuen Möglichkeiten (z.B. verkehrsberuhigter Bereich), die das Land angeboten habe, werden aufgenommen. Die Schleppkurven der Busse werden dem Gremium im Nachgang zur Sitzung nachgereicht.

Beschlussvorschlag:

- I. Dem Entwurf des Bebauungsplanes "Sonnenberg Süd-West, 2. Bauabschnitt" Nr. 104_01_00 mit integrierter Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 27.06.2025.
- 
- II. Ziel der Planung ist es, Wohnbaugrundstücke für eine Einzel- und/oder Doppelhausbebauung zu entwickeln.
- III. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** führt in das Thema ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, den Entwurf. Auf der Wiesenfläche soll eine Baureihe von Einzel- und Doppelhäusern entstehen mit bis zu 12 Wohneinheiten. Die Wiese wurde bereits artenschutzrechtlich begutachtet. Mittlerweile gebe es 300 Interessenten auf der Warteliste. Der Kastanienwald und die Bäume am Südrand können fast alle erhalten bleiben. Der bestehende Weg und eine Wasserleitung müssten verlegt werden.

Es sei für die Fraktion eine sehr schwierige Entscheidung und es gebe ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten, bekundet Stadträtin **Dr. Knoß**. Die Stad brauche Wohnraum, aber liege hier nicht unverhältnismäßig viel Flächenversiegelung vor, dafür dass die Fläche später von nur so wenigen Personen bewohnt werden könne. Unklar seien die Grundstückspreise, es scheine sich um ein Luxussegment zu handeln. Sie fragt, ob nach dem Punktesystem ausgewählt werde, oder je nachdem, wer das meiste Geld habe. Die Lage sei exklusiv, eine Ausgleichsfläche sei direkt in Grünbühl-Sonnenberg nicht möglich. Sie möchte wissen, ob es bei der Vermarktung noch Gestaltungsmöglichkeiten gebe und Familien zum Zuge kommen.

Stadtrat **Lutz** erklärt, dass bereits seit 2011 ein 2. Bauabschnitt 2016 geplant gewesen sei. Das Gebiet stelle einen Gegenpool zum Fuchshof dar für etwas einkommensstärkere Interessenten. Im Sonnenberg werde eine Durchmischung benötigt und nicht nur Geschosswohnungsbau.

Auch Stadtrat **Remmele** befürwortet die sanfte Abstufung der Gebäudehöhe zum Grünen hin. Nicht jeder könne sich das leisten, aber auch anderen müsse die Möglichkeit gegeben werden in Ludwigsburg zu investieren.

Stadträtin **Liepins** bestätigt, dass die Entscheidung vor vielen Jahren getroffen wurde. Es handle sich um Traum-Grundstücke mit traumhafter Aussicht. Ihr wäre es wichtig, dass Ludwigsburger Interessenten bevorzugt werden.

Stadtrat **Gröbner** stellt fest, dass Einzel- und Doppelhausgrundstücke von Familien mit Kindern gesucht werden und der Bebauungsplanentwurf zum Entwicklungsziel der räumlichen Perspektive passe.

Stadträtin **Knecht** spricht sich für das Konzept aus. Es komme zu einer guten Durchmischung. Die Grundstücke in der Premiumlage werden ihren Preis haben. Sie hätte gerne grundsätzlich Informationen zum Bedarf an Wohnraum und wie in Ludwigsburg die Zahlen dazu aussehen.

BMin **Schwarz** betont, dass Ludwigsburg einen sehr hohen Bedarf an Familienwohnungen habe. Der Bedarf an kleinen Wohnungen sei noch größer. Der

TOP 2

Bebauungsplan und Satzung über örtliche
Bauvorschriften "Sonnenberg Süd-West, 2.
Bauabschnitt" Nr. 104_01_00
- Entwurf und förmliche Beteiligung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 192/25

Neubau sei aber so teuer geworden, dass Familien sich keine Familienwohnungen leisten können. Es werde ein Gebiet für Menschen mit höherem Einkommen werden. Der Bodenrichtwert liege bei 925 € pro Quadratmeter. BMin Schwarz nimmt mit, dass das Gremium sich wünsche, dass Ludwigsburger bevorzugt werden und die Anzahl der Kinder eine Rolle spielen sollte. Anschließend lässt BMin Schwarz über den Entwurfsbeschluss vorberatend für den Gemeinderat abstimmen.

TOP 3

Schulgebäude Eichendorffschule,
Neißestraße, Teilsanierung Südfassade mit
Sonnenschutz und Dachsanierung mit
Photovoltaik
- Entwurfs- und Baubeschluss
(Projektbeschluss)

Vorl.Nr. 077/25

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Teilsanierung der Eichendorffschule mit Gesamt-Projektkosten in Höhe von ca. **1,45 Mio. EUR brutto** (Kostengruppe 200-600+700, inklusive Ausstattung zuzüglich 19% MwSt., Sicherheitszulage und Baupreissteigerung).
2. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich des Beschlusses des Haushalts- und Finanzplans 2026 ff. genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß

Beratungsverlauf:

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Das bauzeitliche Gebäude verfüge über keinen Sonnenschutz. Seit Jahren bestünde dringender Handlungsbedarf. Die geplante Teilsanierung beziehe sich auf die Südfassade und auf die Dachsanierung mit entsprechender Photovoltaikanlage (Seite 5). Der Charakter des Gebäudes soll nicht verändert werden. Der Sonnenschutz werde so integriert, dass es in den Sommermonaten ausreichend Beschattung gebe. Die stellvertretende Fachbereichsleiterin betont, dass das Gebäude an vielen Stellen einen hohen Sanierungsbedarf aufweise und eigentlich viel mehr gemacht werden müsse. Die Fördermittel werden über zwei verschiedene Programme generiert. Im nächsten Sommer soll die Maßnahme umgesetzt werden und im Herbst 2026, spätestens Ende 2026 fertig sein.

BMin **Schwarz** bestätigt, dass es nach der Teilsanierung weiterhin Sachen geben werde, die saniert werden müssten.

Auch Stadträtin **Alexander** bekennt, dass die Eichendorffschule stark sanierungsbedürftig sei. Es sei traurig, dass nur das allernötigste gemacht werden könne. Sie hoffe, dass man in den nächsten Jahren in der Lage sein werde auch die übrigen Mängel in Angriff zu nehmen. Sie fragt, ob sich die Schimmelbildung im Eingangsbereich ins Innere des Gebäudes ziehe.

Stadtrat **Lutz** sei froh, dass eine Teilsanierung durchgeführt werde. Er vermute, dass die Schülerzahlen steigen werden, da die Aufsiedelung in Grünbühl-Sonnenberg in den nächsten Jahren zunehmen werde. Auch er hätte sich gewünscht eine Gesamtsanierung durchführen zu können.

Stadtrat **Remmele** befürchtet, dass aufgrund der Haushaltslage künftig nur noch Teilsanierungen durchgeführt werden können und stimmt der Vorlage zu.

Stadträtin **Liepins** bedankt sich ausdrücklich beim Gemeinderat, der in den Haushaltsberatungen einer Teilsanierung zugestimmt habe. Eine Gesamtsanierung sei erforderlich, die in den nächsten Jahren nicht durchgeführt werden könne. Auch an den Schulen in Eglosheim und der Oststadt sei ein Erweiterungsbau notwendig. Sie möchte wissen, ob die Fenster in den Sommerferien ausgetauscht werden und wieviel Schüler und Klassen es an der Schule gebe.

Stadtrat **Gröbner** bestätigt, dass mit dem Sonnenschutz nicht mehr gewartet werden könne.

Stadträtin **Knecht** ergänzt, dass der Neubau sehr gelungen und die Teilsanierung notwendig sei. Sie erkundigt sich nach einem Beschattungskonzept für die Oststadtschule.

BMin **Schwarz** ergänzt, dass sich an der Eichendorffschule 180 Schüler befinden und man dort mittelfristig aufwachsende Schülerzahlen haben werde.

Die **stellvertretende Fachbereichsleiterin** erläutert, dass die Fenster vor Beginn der kalten Jahreszeit installiert sein sollen. In der Oststadtschule sei die Aula mit ihrer Glasfassade das Problem. Derzeit seien hier keine Verbesserungsmaßnahmen geplant, aber sie werde den Punkt mitnehmen.

Der **Leiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft erklärt, dass das Thema Schimmel kein Thema für die Raumluft sei, aber dem Bauteil schade und beobachtet werden müsse.

BMin **Schwarz** führt an, dass haltbare Fenster (nicht aus Kunststoff) verbaut werden. Anschließend lässt sie über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft stellt dem Gremium anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, den Klima- und Energiebericht 2024 vor. Der höhere Mehraufwand im Gebäudeunterhalt und der höhere Energieverbrauch müsse bei der Flächenentwicklung kompensiert werden (Seite 2). Neben der Kernbilanz werden weitere städtische Energieverbraucher mitgebracht, aber man habe hier keinen Einfluss auf die Gebäude. Über die Beteiligungsunternehmen gebe es eigene Berichte (Seite 3). Seiner Prognose nach könnte in einem Jahr eine Verdreifachung im Bereich des Photovoltaikausbau vorliegen (Seite 8). Mit den Stadtwerken werde gerade das Funknetz ausgebaut, damit die Energiezähler alle erfasst und automatisiert werden (Seite 10). Dabei soll ein Raumtemperatur-Monitoring aufgebaut werden, um Temperaturen z.B. in den Sporthallen und Schulen zu dokumentieren. Überhitzungsprobleme können dadurch erkannt werden. Das eigene Ziel beim PV-Ausbau liege jährlich bei 500 kWp, das dieses Jahr erstmals erreicht und überschritten werde. Die Sanierungsstrategie zum klimaneutralen Gebäudebestand bis 2035 werde dem Gremium voraussichtlich Ende des Jahres noch präsentiert (Seite 12). Auf der letzten Seite der Präsentation seien die energetisch schlechtesten Gebäude aufgeführt.

BMin **Schwarz** ergänzt, dass in dem angekündigten Bericht (Strategie klimaneutraler Gebäudebetrieb bis 2035) erkennbar sein werde, wo mit geringstmöglichen Mitteln, der größtmögliche Effekt erzielt werden könne.

Stadtrat **Sorg** erläutert Klimaschutz und Klimaanpassung greifen ineinander, so gehe Zukunft. Es sei eine Leistung die Treibhausgasemissionen der städtischen Gebäude um 30% zu senken, aber das Ziel für 2024 wurde knapp verfehlt. Man brauche mehr Tempo und müsse kreativer werden beim Generieren von Einnahmen. Es dürfe nicht nach Fördermitteln von Land, Bund und EU gerufen werden, sondern man müsse sie sich holen. Es seien die Schulen, in die investiert werden müsse. Er fragt, was mit dem Kulturzentrum oder dem Richterturm geplant sei. Auch der Wasserverbrauch sei ein Problem, Trinkwasser werde knapp. In der Bilanz tauche der Stromverbrauch der Kläranlagen auf. Stadtrat Sorg erkundigt sich nach direkten Emissionen von Lachgas und Methan, die eine viel stärkere Klimawirkung hätten. Er möchte wissen, wo in Ludwigsburg unvermeidbare Emissionen versenkt werden. Wo baue die Stadt mit CO2-reduziertem Zement, wo mit Beton, der mit Pflanzenkohle versetzt sei und wo speichert das städtische Grün mehr CO2 als durch Verrottung und Verbrennung freigesetzt werde. In Kopenhagen wurden die Treibhausgase um 80% reduziert und liegen bei geringen 0,7 t CO2 pro Kopf. Er fordert die Stadtverwaltung auf genügend Mittel für die energetische Sanierung der Schulen in den Haushalt einzustellen.

Stadtrat **Braumann** stellt fest, dass der Bericht ein gutes Steuerungsinstrument darstelle. Beim Ausbau der Fernwärme und der PV dürfe nicht nachgelassen werden, trotz allem müssen die Finanzen im Blick behalten werden. Bezüglich der Stromzähler fragt er, mit welchem Unternehmen die Verwaltung bezüglich der Messdienstleistungen zusammenarbeite.

Stadtrat **Remmele** stellt fest, dass eine Zielerreichung in 2035 fraglich sei.

Auch Stadträtin **Liepins** vermutet, dass eine Zielerreichung 2035 finanziell nicht machbar sein werde. Auf Fördermittel von Bund und Land könne nicht verzichtet werden. Erfreulich sei der Photovoltaikausbau. Sie fragt, weshalb es einen Richterturm am Stadion brauche.

Stadtrat **Gröbner** möchte wissen, weshalb die Schulen einen so großen Anteil an Emissionen haben.

Stadträtin **Knecht** ist der Meinung, dass am Stromverbrauch gespart werden müsse. Das Ziel die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen sei dahingestellt. Sie fragt, wie die anderen Kommunen sich hier entwickeln.

BMin **Schwarz** teilt mit, dass im Vergleich, nach dem European Energy Award, Ludwigsburg als Gesamtstadt beurteilt und ausgezeichnet werde. Da der Ergebnishaushalt immer noch ein Minus ausweise, können im Verhältnis zu den vielen anderen Aufgaben die zu erfüllen seien, nicht genügend Mittel für die Sanierungen bereitgestellt werden. Die Verwaltung sei nicht in der Lage mit den Einnahmen den laufenden Haushalt zu bestreiten und damit seien auch keine Gelder für Investitionen vorhanden. Der Weg sei schwierig, aber es sei der richtige Weg, auch wenn 2035 nicht erreicht werden könne. In den Schulen stecke viel Potenzial, es müsse mit den Nutzern*innen ins Gespräch gegangen werden. Über das Energiesparmodell an Schulen konnten über 4 Jahre 2.600 MWh eingespart werden, vergleichsweise der Verbrauch über 2 Jahre an 5 kleinen Grundschulen. Dies konnte

nur durch Nutzeransprache und Nutzersensibilisierung erreicht werden. Jungen Menschen müsse hier früh ein Bewusstsein geschaffen werden.

Der **Leiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft erläutert, dass die größten CO₂-Treiber im Bauwesen Zement und Beton seien. Wo möglich, werden diese Stoffe vermieden. Im Bildungszentrum West sei das Gebäude höher und aus Brandschutzgründen werden massivere Bauteile gefordert. Schätzungsweise mache der Beton 10% des Bauvolumens aus und sei für dreiviertel der CO₂-Emissionen des ganzen Gebäudes verantwortlich. Sofern zulässig, werde R-Beton verwendet. Die neuen Baustoffe werden im Bereich von nichttragenden Bauelementen eingesetzt. Die Verwaltung habe diese Baustoffe noch nicht eingesetzt. Der Kampfrichterturm am Stadion sei eine Altlast. Es seien Nutzungen darin und man wolle den Turm zwingend entmieten, aber es gebe derzeit keine Alternativen. Die Kläranlage verfasse eigene Berichte zu den Emissionen.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft ergänzt, dass die Stadtwerke derzeit die Daten von Lastgangzählern im Fünfzehn-Minuten-Takt übermitteln. Ebenfalls werde auf das intelligente Messsystem, die sogenannten Smartmeter, gesetzt, durch die die Daten täglich gesendet werden. Das Kulturzentrum habe den größten Stromverbrauch. Die Berichte der letzten 4 Jahre müssen hier korrigiert werden, da ein Zähler doppelt erfasst wurde mit ungefähr 150.000-300.000 kWh pro Jahr. Die Stadt verwalte über 1000 Zähler. Der Wasserverbrauch werde ebenfalls betrachtet, alle Wasserzähler der städtischen Gebäude werden durch welche mit Funkmodulen ausgetauscht, um auch dort automatisch Daten empfangen zu können. Durch die neue Zählertechnik können auch Wasserrohrbrüche erkannt werden.

Im Anschluss schließt BMin **Schwarz** den öffentlichen Teil der Sitzung.